



Dr. Stefan Bach, Stellvertretender Leiter der Abteilung Staat am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN STEFAN BACH

»Belastung der Privatvermögen könnte Staatsfinanzen stabilisieren«

1. Herr Bach, Sie haben untersucht, ob Zwangsanleihen und Vermögensabgaben zum Abbau der Staatsschulden beitragen könnten. Wie könnten solche Maßnahmen Ihrer Meinung nach aussehen? In vielen Ländern sind die Staatsschulden deutlich gestiegen, gleichzeitig haben wir aber auch sehr hohe Privatvermögen, die in der Summe die Staatsschulden in allen Ländern deutlich übersteigen. Das heißt, um die Staatsfinanzen zu stabilisieren und die Staatsverschuldung gegebenenfalls zu reduzieren, kann man die Privatvermögen stärker heranziehen. Der Staat kann das Vermögen entweder durch eine einmalige Abgabe, die dann sukzessive abbezahlt wird, belasten. Man könnte das aber auch mit einer Zwangsanleihe kombinieren, indem die betroffenen Abgabepflichtigen Schulden übernehmen müssen. Je nach Konsolidierungsfortschritt beim Staat können diese Anleihen dann später zurückgezahlt und auch verzinst werden. Wenn das nicht der Fall ist, dann geht das Ganze in eine Vermögensabgabe über.
2. Auf welche Art von Vermögen könnte überhaupt zugegriffen werden? Grundsätzlich könnte auf die einschlägigen Vermögensarten, also Immobilienvermögen, Geldvermögen und Betriebsvermögen zugegriffen werden. Man würde die Schulden aber sicherlich auch zum Abzug zulassen. Das heißt, die Bemessungsgrundlage wäre dann so ähnlich wie bei der alten Vermögenssteuer. Administrativ-technische Aspekte und auch die Vermeidung von Härtefällen sprechen dafür, dass man die Abgabe auf die wohlhabenden Kreise der Bevölkerung konzentriert, also grob geschätzt auf die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung.
3. Wie viel Geld würde das einbringen? Unsere Berechnungen ergeben für eine Vermögensabgabe, die ab einem individuellen Nettovermögen von 250 000 Euro erhoben wird, eine Bemessungsgrundlage von immerhin 92 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn die Bürger zehn Prozent des übersteigenden Wertes abliefern, könn-

te das ein Aufkommen von neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also rund 230 Milliarden Euro, erbringen. Den Schuldenstand in Deutschland könnte man damit schon ein deutliches Stück näher an die 60-Prozent-Grenze nach Maastricht zurückführen.

4. Welche Vorteile haben Vermögensabgaben und Zwangsanleihen gegenüber Steuererhöhungen? Der wesentliche wirtschaftliche Vorteil einer Vermögensabgabe ist, dass die Betroffenen diesen Abgaben nicht so einfach ausweichen können. Das heißt, die diesbezüglichen Gestaltungsmöglichkeiten sind im Gegensatz zu einer laufenden Besteuerung eingeschränkt. Die Kombination mit Zwangsanleihen könnte zudem den Steuerwiderstand reduzieren, weil da noch die Möglichkeit besteht, dass ein Teil des Geldes zurückgezahlt wird.
5. Gilt das nur für Deutschland oder auch für die europäischen Krisenländer? Gerade für die Krisenländer wären solche Instrumente eine sinnvolle Option, um die durchaus vorhandenen und zum Teil stark konzentrierten Privatvermögen zur Refinanzierung der Staaten heranzuziehen. Statistiken zeigen, dass auch in Ländern wie Griechenland, Spanien und Italien beträchtliche Privatvermögen vorhanden sind, die die Staatsschulden deutlich übersteigen.
6. Ist nicht damit zu rechnen, dass diese Länder eher auf eine europäische Vergemeinschaftung der Staatsschulden drängen, als sich in die private Tasche greifen zu lassen? Das ist natürlich das Problem bei den Rettungsmaßnahmen und den so genannten *bail-outs*, dass tendenziell die Anstrengungen nachlassen, wenn die Finanzierung von der internationalen Staatengemeinschaft ermöglicht wird. Gerade vor diesem Hintergrund wären solche Instrumente interessant, um zu signalisieren, dass man auch bereit ist, zunächst einmal zu Hause alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine geordnete Staatsfinanzierung zu gewährleisten.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Kristina van Deuverden

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.